

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 154 (1988)
Heft: 4

Rubrik: Gesamtverteidigung und Armee

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesamtverteidigung und Armee

Die Sicherheitspolitik in der Legislaturplanung 1987 bis 1991

«Die Sicherheitspolitik umfasst alle Bemühungen, militärische Konflikte zu entschärfen, Spannungen abzubauen und zu einem dauerhaften Frieden beizutragen. Internationale Solidarität ist stets auch Friedenspolitik, hilft sie doch, wirtschaftliche Ungleichheiten zu mildern und soziale Spannungen beizulegen. Ein wichtiges Mittel der schweizerischen Sicherheitspolitik ist unsere dauernde und bewaffnete Neutralität. Der Bundesrat wird im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin bei multilateralen Rüstungsabkommen und bei der weltweiten Friedenssicherung mitwirken. Er bietet seine guten Dienste bei der Entschärfung regionaler Krisen und internationaler Konflikte an. Mit einer gut ausgerüsteten und ausgebildeten Armee soll unsere Neutralität glaubwürdig erhalten bleiben.»

Mit diesen Worten umreissst der Bundesrat im Kapitel «Die Schweiz in der Staatenwelt» seines Berichts vom 18. Januar 1988 über die Legislaturplanung 1987 bis 1991 seine Legislaturziele im Bereich der Sicherheitspolitik. In der Aufzählung der einzelnen Schwerpunkte der Legislatur kommt er darauf zurück und führt folgendes aus:

Ausgangslage

Die Weltlage ist nach wie vor durch Spannungen, Konflikte und wirtschaftliche Not vor allem in der Dritten Welt sowie durch ein hohes Rüstungsniveau gekennzeichnet. Zwar ist die Schweiz von diesen Entwicklungen nicht unmittelbar betroffen. Aber da sie geographisch und wirtschaftlich stark mit dem Ausland verbunden ist, hat sie ein grosses Interesse an allen Bemühungen, durch welche die Sicherheit und der Friede in Unabhängigkeit weltweit gefestigt werden. **Rüstungskontrolle und Abrüstung** sind wichtige Mittel, diesem Ziel näher zu kommen. Aber es sind nicht die einzigen. Geklärt und beseitigt werden müssen auch die Ursachen der Spannungen und Konflikte. Unser Land spielt in der internationalen Sicherheitspolitik keine zentrale Rolle, schliesst sich aber im Rahmen seiner Möglichkeiten den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft an, um so einen Beitrag an die Lösung von Konflikten und ihrer Ursachen leisten zu können.

Der am 8. Dezember 1987 abgeschlossene Vertrag zur Beseitigung sämtlicher amerikanischer und sowjetischer Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite

stellt abrüstungspolitisch einen hoffnungsvollen Anfang dar. Dieses sogenannte INF-Abkommen erfasst nur einen geringen Teil des vorhandenen nuklearen Potentials (weniger als 5 Prozent) und vermag für sich allein vor allem in Europa noch kein neues Gleichgewicht der Kräfte zu schaffen. Um auf die Dauer friedenssichernd und stabilitätsfördernd zu wirken, bedarf es der Ergänzung im Bereich der konventionellen und chemischen Bewaffnung, wo es noch grosse Ungleichgewichte gibt. Solange in Europa gewaltige Angriffspotentiale weiter bestehen, gibt es für die Schweiz keinen Grund, in ihren Wehranstrengungen nachzulassen. Unsere dauernde Abwehrbereitschaft und bewaffnete Neutralität tragen zur politischen und militärischen Stabilität in Europa bei. Damit leisten wir einen unverzichtbaren Beitrag zum Frieden.

Der Frieden kann aber nicht nur defensiv gesichert werden. Unsere Konzeption der Gesamtverteidigung verlangt, dass unser Land am Aufbau einer gerechten und stabilen Weltordnung mitwirkt. Die schweizerische Aussenpolitik muss deshalb spürbar zum Abbau von Spannungen beitragen und sich an der friedlichen Beilegung von Konflikten beteiligen. Dabei ist der Unabhängigkeit und Freiheit aller Staaten und der Würde des Menschen Rechnung zu tragen.

Ziele und Massnahmen Rüstungskontrolle, Friedenssicherung, gute Dienste, Schutz der Menschenrechte als Elemente aktiver Sicherheitspolitik

Die Schweiz wirkt auf globaler Ebene aktiv an multilateralen **Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen** mit. Sie setzt sich kontinuierlich für deren wirksame und umfassende Anwendung und Überprüfung ein. Für diese Legislaturperiode hat sich der Bundesrat insbesondere zum Ziel gesetzt:

- an den Überprüfungskonferenzen des Bio-Toxin-Waffen-Vertrages, des Atomsperrvertrages, des Meeresgrund- sowie des Umweltkriegsvertrages aktiv mitzuwirken. Von besonderer Bedeutung für die Schweiz sind die Aktivitäten im Rahmen des Atomsperrvertrages, der die Exportbedingungen für Nukleargüter regelt und den technischen Entwicklungen anpasst;
- die Bemühungen um den Abschluss eines globalen und verifizierbaren nuklearen Teststoppabkommens zu unterstützen. Zudem erwägt der Bundesrat die Mitwirkung der Schweiz an einem weltweiten Überwachungssystem;
- sich für ein globales Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung chemischer Kampfstoffe sowie für deren Beseitigung einzusetzen und sich an der Kontrolle des Handels von Ausgangsstoffen für chemische Waffen zu beteiligen.

Die wachsende gegenseitige Abhängigkeit der Staaten, die Gefahr einer raschen Ausdehnung allfälliger Konflikte sowie die traditionelle humanitäre Politik der Schweiz erfordern ein verstärktes Engagement im Bereiche der **Regelung regionaler Krisen und der Friedenssicherung**. Der Bundesrat hat die Absicht:

- im Rahmen der KSZE weiterhin aktiv mitzuwirken. Von besonderer Bedeutung ist die Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen, welche die Gefahren einer militärischen Konfrontation in Europa vermindern soll. Die Schweiz wird

sich insbesondere dafür einsetzen, dass allfällige neue Bestimmungen eine grössere Transparenz bewirken, die Gefahr von Überraschungsangriffen verringert wird und für unsere Milizarmee keine diskriminatorischen Folgen entstehen;

- mit der Unterzeichnung verschiedener Abkommen einen Beitrag zur Respektierung der Menschenrechte – eine wichtige Grundlage der nationalen und internationalen Sicherheit – zu leisten. Auch die gezielten Massnahmen zum Schutz einzelner Individuen, die unter schweren Menschenrechtsverletzungen leiden, sollen intensiviert werden;

- einen aktiven Beitrag zu leisten zur Weiterentwicklung des Völkerrechts sowie zu seiner besseren Anwendung, insbesondere auf dem Gebiet des humanitären Kriegsvölkerrechts.

Die Mitwirkung bei der **friedlichen Beilegung internationaler Konflikte** ist eine der Konstanten unserer Aussenpolitik. Der Bundesrat beabsichtigt:

- die guten Dienste der Schweiz weiterhin anzubieten, wenn die Parteien eines Konfliktes dies wünschen oder selber ein solches Mandat vorschlagen;
- die schweizerische Beteiligung an den friedenserhaltenden Operationen der UNO auszubauen und internationale Anstrengungen, die auf die friedliche Beilegung von Streitigkeiten gerichtet sind, zu fördern;
- das Sonderprogramm für die Ausbildung von Sicherheitsexperten weiterzuführen und die Ressortforschung auf den Gebieten Friedenssicherung, Rüstungskontrolle, Abrüstung sowie gute Dienste zu intensivieren.

Die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität erhalten

Der **Ausbauschnitt der Armee 1988 bis 1991** ist Teil einer langfristigen Planung. Sein Ziel ist es, der Armee eine hohe Anfangsleistung zu garantieren und damit eine optimale Dissuasionswirkung zu erzielen. Wie der Bundesrat in seinem Bericht vom 19. August 1987 bereits dargelegt hat, wird er in dieser Legislaturperiode:

- insbesondere Massnahmen zur Erhöhung der Bereitschaft, zur Verbesserung der Reaktionsfähigkeit und zur Bekämpfung der Gefahren der indirekten Kriegführung in die Wege leiten;
- die Panzerabwehr der unteren taktischen Stufe verstärken, den Kampfwert des Panzers 68 steigern, die Artillerie modernisieren und die Luftverteidigung durch eine leichte Fliegerabwehrwaffe und ein neues Kampfflugzeug ergänzen, die Mittel für die Aufklärung und die Führung verbessern sowie für die Armeematerialangehörigen eine neue Kampfausrüstung und einen C-Schutzanzug beschaffen.

Die Rüstungspolitik strebt eine **partnerschaftliche Zusammenarbeit von Industrie- und Rüstungsbetrieben des Bundes** an. Die nun seit Jahren unternommenen Anstrengungen, die einheimische Industrie auch bei der Beschaffung von Armeematerial im Ausland zu beteiligen, zeigen erfreuliche Erfolge. Der Bundesrat wird:

- die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Industrie und den eidgenössischen Rüstungsbetrieben ausbauen, um das vorhandene Potential noch besser auszu-

nützen und vor allem Grossinvestitionen auf Spezialgebieten zu koordinieren.

Wirtschaftliche Sachzwänge führen ähnlich wie im zivilen Bereich auch in der Rüstungsindustrie zu internationaler Zusammenarbeit. Die Schweiz als kleines Land kann und will sich dieser Entwicklung angesichts der militärischen Anwendungsmöglichkeiten neuer Technologien nicht verschliessen.

Die Notwendigkeit einer gesicherten Landesversorgung

Bestehende und neue Entwicklungstendenzen in verschiedenen Bereichen können das Bedrohungsbild der wirtschaftlichen Landesversorgung verändern. Zu denken ist dabei etwa an die wachsende Auslandabhängigkeit und die Verletzlichkeit unseres Landes im Energie-, Ernährungs-, Transport- und Kommunikationssektor. Im Vordergrund stehen weiterhin die Aufrechterhaltung eines möglichst hohen Selbstversor-

gungsgrades sowie die hohe Reservebildung lebenswichtiger Güter (Pflichtlager). Im Transportsektor werden verstärkte Anstrengungen für die Erhaltung der schweizerischen Hochseeschifffahrt geprüft.

Über die **finanziellen Gesichtspunkte** (die Richtlinien für die Regierungspolitik sind erstmals mit dem Legislaturfinanzplan gekoppelt worden) berichten wir in der nächsten Ausgabe der ASMZ.

1,4 Promille Dienstverweigerer im Jahr 1987

Im Jahr 1987 haben 432 139 Angehörige der Armee durchschnittlich 30 Tage Militärdienst geleistet. Insgesamt wurden in Schulen und Truppenkursen **13 050 268** Dienstage gezählt.

Im selben Zeitraum mussten **601 Dienstverweigerer** militärgerichtlich verurteilt werden, was 1,4 Promille derjenigen entspricht, die ihre Dienstpflicht erfüllt haben. Die Zahl der Dienstverweigerer liegt damit im Jahr 1987 etwas über derjenigen des Vorjahrs (542 Verurteilungen), aber unter derjenigen im Jahr 1985 (686 Verurteilungen).

Zurückgegangen ist die Zahl der Gesuche um waffenlosen Militärdienst aus Gewissensgründen. Im Jahr 1987 wurden insgesamt 308 solche Gesuche gestellt (1986: 356 Gesuche, 1985 368 Gesuche). Davon wurden in erster Instanz 128 bewilligt und 102 abgelehnt. Von den 80 Beschwerden gegen den erstinstanzlichen Entscheid wurden 35 gutgeheissen und 22 abgelehnt. Die restlichen Gesuche und Beschwerden sind noch hängig, oder sie wurden entweder zurückgezogen oder sind aus Gründen der Dienst- und Schiessuntauglichkeit beziehungsweise infolge Umteilung zum Hilfsdienst gegenstandslos geworden. ■



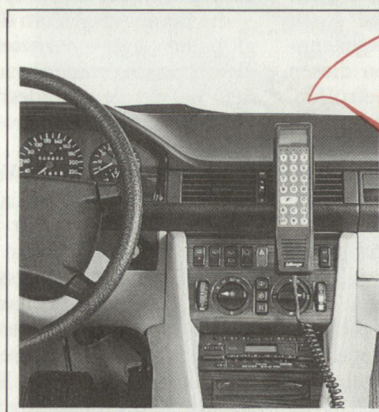
- Auto-Haftpflicht
- Insassen-Unfall
- Vollkasko, Teilkasko



Schweizerische Mobiliar ...macht Menschen sicher

Zellweger
CETEL **denkt, ruft,**
speichert, schreibt, spricht und
notiert. Nur fahren müssen Sie
noch selbst!

Das Telefonieren am Steuer wird Ihnen jetzt leicht gemacht. CETEL heisst das technisch ausgereifteste Autotelefon, die Natel-Lösung made for Switzerland. Zellweger Uster leistet damit einen wichtigen Beitrag für Ihre Verkehrssicherheit.



Telefon 01/432 88 88
Besuchen Sie unser Autotelefon-Center
Zürich-Europabrücke (Albulastr. 57)

Mit eingebautem,
frei besprechbarem

**TELEFON-
BEANTWORTER**
und Fernabfrage!



CETEL, die Natel-Lösung made for Switzerland interessiert mich, senden Sie mir Unterlagen:

Name: _____
Firma: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Einsenden an: Zellweger CETEL,
Mobiltelefone, Vertriebsleitung Schweiz,
Albulastr. 57, 8048 Zürich

ASMZ 4/88